

zu jedem einzelnen Paragraphen und zu jedem Änderungsantrag einen Redner vorzeichnen würden und diese Forderung auch weiter machen. Die zwischen den ursprünglichen §§ 1 und 2 eingefügten Paragraphen, die Einzelheiten über die Art der verbotenen Beweistätigkeiten und über die Bestrafung von Mitwissern betreffen, wurden in der Ausschussfassung angenommen. Bemerkenswert war dabei die Ablehnung eines von den Reichsparteien, dem Zentrum und den Demokraten amierichtigten vorkonventionellen Antrags, der nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Geschwister von Mitgliedern verbotener Organisationen straflos lassen wollte, wenn sie sich ernstlich bemüht hätten, ihren Einfluss auf die Schuldigen geltend zu machen. Dieser Antrag fiel mit 200 gegen 188 Stimmen. Zugaben wurde im § 2, den Beweistätigkeiten oder die Aufforderung zu solchen betrifft und der sich auch mit der Frage verbotener Waffenlager beschäftigt, der Antrag der Demokraten und des Zentrums angenommen, daß hier Bewandte, die keine Anzeiger erstatten, straflos bleiben sollen. Die Gesamtabstimmung über diesen Paragraphen brachte das für den weiteren Verlauf der Abstimmungen vorteilhaft schon kennzeichnende Stimmverhältnis von 232:147. Nachdem dann eine Reihe Paragraphen ohne Schwierigkeiten durchgegangen waren, entwickelte sich eine längere Aussprache um § 5, der die Einrichtung und Zusammenfassung des Staatsgerichtshofs beim Reichsgericht bestimmt. Hierzu sind, namentlich über die Zusammensetzung, eine große Anzahl von Änderungsanträgen eingebracht, vor allem ein Kompromißantrag der Demokraten und des Zentrums, wonach der Staatsgerichtshof auf neun Mitglieder bestehen soll, nämlich drei Mitglieder des Reichsgerichts und sechs Landesrichter. Hierzu stellt der demokratische Abgeordnete und bayrische Handelsminister Hamms eine sehr lange und eindringliche Rede, in der er sich unter harter Anteilnahme des Hauses bemüht, den Ausgleich zu finden zwischen der bayrischen Auffassung und der Haltung der Reichsregierung. Er trat mit ersten Worten für die Schaffung eines neuen Reichsgerichts neben dem Reichsgericht auch in ihrer außenpolitischen Bewertung der deutschen Rechtspflege bringen müsse. Seine Begründung bayrischer Änderungsanträge, für die Mitglieder verschiedener Fraktionen eintreten, machte offensichtlich Eindruck und wird wohl auch den Reichsjustizminister zu einer Stellungnahme veranlassen. Während der Rede Hamms war auch der Reichskanzler im Hause erschienen. Die Schwierigkeiten der Abstimmung ließen auch gestern wieder eine lange Sitzungsdauer erwarten.

Kleine politische Meldungen.

U. Dinge — Botschafter in Moskau. Wie wir erfahren, steht die Ernennung des gewählten Außenministers Admiral v. Dönnigsmark zum deutschen Botschafter in Moskau unmittelbar bevor. Der russische Außenminister Tschitscherin ist von seiner Erholungsreise in Berlin eingetroffen. Er wird sich demnächst nach Moskau zurückbegeben, um dort die letzte Entscheidung zu treffen, wann der russische Botschafter nach Berlin gehen soll.

Eine neue Finanzkonferenz. Wie von maßgebender Stelle bekannt wird, soll bereits im September eine neue Finanzsachverständigenkonferenz stattfinden, zu der deutsche und österreichische Vertreter hinzugezogen werden. Der Zusammentritt dieser Konferenz wird beschleunigt durch die schlechte deutsche Valuta und Wirtschaftslage, die auf die Nachbarländer zu wirken beginnt.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Zum 1. Oktober sollen die Eisenbahntarife wieder stark erhöht werden. Die Fahrpreise sollen um nicht weniger als 50 Prozent gesteigert werden, noch stärker sollen Gepäckkosten steigen, die fast verdreifacht werden. Dagegen sollen diesmal die Gütertariife unverändert bleiben.

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Aht.

Copyright Greiner & Comp., Berlin.

(19 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Noch keine Dampferfahrt? Na, da war's aber die allerhöchste Zeit!“ ruft er, und dann sehen sie sich beide an und lachen. Und lachend eilen sie zur Haltestelle, wo der Dampfer in Sicht kommt. Und alles ist so köstlich einfach, als wär's das Selbstverständlichste von der Welt, daß zwei junge Menschen, die die Woche über gemeinsam ihre Pflicht getan, sich nun gemeinsam ihren Sonntag machen.

Der Dampfer ist überfüllt; es gibt ein Schließen und Erängen. Auch das ist köstlich, denn das Schiff ist voll von Menschen, denen die Jugend und die Sonntagstfreude aus den Augen lacht.

Ganz vorn am Bug, wo die Untertane liegen, haben sie schließlich eine Sitzgelegenheit gefunden. Nicht, Seite an Seite, sodas beim raschen Umdrehen ihre Arme sich streifen. Er kneift ein wenig die Augen ein und schielt sie von der Seite an. Sie lächelt still vor sich hin und blickt zu den grünen Ufern hinüber, an denen auf spiegelklarem Wasser der Dampfer fast bewegungslos vorübergleitet.

„Wie ist das herrlich!“ ruft sie leise. „In Grünau soll's noch herrlicher werden, da nehmen wir uns ein Ruderboot.“ sagt er, und wieder streift sein Arm leicht gegen den ihren.

Sie rückt ein bißchen überes, daß es für beide geräumiger wird, und dabei kopfschüttelnd sie: „Rein, Bootfahren nicht. Das hab ich Mutterchen in die Hand versprochen müssen.“

„Oh — hat Ihre Frau Mutter so ein schiefes Vertrauen zu Ihrem Versprechen gehabt?“

„Sie hat vor allem ein gutes Vertrauen zu ihrer Tochter,“ lacht Käthe leicht.

Der demokratische Parteivorstand zur Lage. Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei besprach am Dienstag die politische Lage. Nach einer parteiunabhängigen Mitteilung billigt er, was die demokratische Reichstagsfraktion im Zusammenwirken mit den anderen Koalitionsparteien bisher zur Schutze der Republik unternommen hat, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nötigen Maßnahmen mit Entschiedenheit bis zum Ende durchgeführt werden. Er war in Bestätigung seines Beschlusses vom 28. Juni damit einverstanden, daß hierbei mit jeder Partei zusammengearbeitet werde, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik feststehe.

Reichstagsausbildung und Ausland. Wie der demokratische Bildungsdienst erzählt, hat das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die unläufigen Drohungen mit Reichstagsausbildung und Neuwahlen an seine Vertreter in den wichtigsten Ländern die Anfrage gerichtet, wie sie nach ihrer Kenntnis der dortigen Regierung und Volkstimmung eine etwaige Reichstagsausbildung beurteilen würden. Soweit bis jetzt Antworten vorliegen, lauten sie einstimmig dahin, daß eine Reichstagsausbildung die allerbedenklichsten Rückwirkungen auf das Ausland haben müsse.

Deutsch-polnische Vereinbarungen bevorstehend. Zu Vorverhandlungen hat sich Ministerialdirektor v. Stockhausen nach Warschau begeben, um das Programm für die beabsichtigten Vereinbarungen zwischen Deutschland und Polen festzusetzen und den Verhandlungsprozess zu bestimmen. Neben anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen sollen die Rechte der deutschen Bevölkerung in Polen geteilt und die Möglichkeit eines baldigen freien Warenverkehrs ausgetauscht werden.

Polens nicht-polnische Bevölkerung. Das polnische statistische Hauptbureau hat auf Grund der letzten Volkszählung berechnet, daß Polen ohne Wilna und Oberschlesien und ohne die Arme 25 Millionen Einwohner hat. Unter ihnen sind nur 17,4 Millionen Polen. Auch wenn dieses Ergebnis nicht zugunsten der polnischen Nationalität ausspricht, lehrt es doch, daß in Polen die nicht-polnische Bevölkerung so stark ist, daß von einem Nationalitätsstaat sichtlich nicht gesprochen werden kann.

Eine neue Partei im Elsaß. Klaus Jörn von Bulach, der Sohn des früheren elsäß-lothringischen Staatssekretärs, hat vor einigen Wochen eine neue politische Partei im Elsaß ins Leben gerufen, die sich in einer Versammlung der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Die Partei will als Gegengewicht gegen den nationalen Block die besonderen elssässischen Interessen vertreten, ist also eine Art von Protestpartei. Die Versammlung, in der Jörn von Bulach das Referat über elssässische Probleme hielt, verlief sehr stürmisch, sodaß die politische Auflösung erfolgte.

Diebstahl wichtiger Akten in Amerika. Nachdem einen japanischen Kurier auf der Ueberfahrt von Amerika seine sämtlichen Akten gestohlen worden sind, hat der Militärattaché der japanischen Botschaft in Washington daselbst Beschwerde erhoben. Aus seiner Wohnung sind die Akten, die sich auf die gesamten japanisch-amerikanischen Verhandlungen während der letzten 20 Jahre beziehen, geraubt worden. Von den Aktengehebern her wissen wir, daß Aktendiebstähle in den Vereinigten Staaten nichts Seltenes sind.

Bersäuerung der Streitlage in den Vereinigten Staaten. Der schon viele Wochen dauernde Streik der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten hat noch immer nicht beendet werden können und ist durch einen Streik der Eisenbahnarbeiter verschärft worden. Da sich der Streik im amerikanischen Geschäftsleben schwer auswirkt, hat der Präsident Harding jetzt selbst die Vermittlung in die Hand genommen.

Die Zwickauer Vorgänge im Landtage.

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages wurde bei Beratung einiger Kapitel aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums durch den Abg. Eckardt (D.Sch.) die Frage der Zwickauer Ausschreitungen angesprochen. Abg. Eckardt führte aus: Wenn die Polizei, wie das in Zwickau der Fall war, von der Regierung an der Ausübung ihrer Pflicht gehindert wird,

dann habe sie überhaupt keinen Zweck. In den Verleihen habe ein harter Terror angewendet werden müssen um die Arbeiter geschlossen zur Teilnahme an den Demonstrationen zu bringen. Der Aktionsausschuß habe Drohungen und Erpressungen gegen die Arbeitgeber ausgedehnt, um sie zur Bezahlung des Vorkausfalls an die Arbeiter zu veranlassen. Schuld an den Vorgängen trügen die Gewerkschaften und die drei sozialistischen Parteien. Während sich in Zwickau die unerhörten Vorgänge abspielten, hätten sich in der Kaiserne Glauchau gegen 600 Polizeimannschaften befunden, die aber auf Minister Wipinski's Befehl nicht eingreifen durften. Redner richtet an die Regierung die Frage, was sie getan habe, um die Plünderer zur Rechenschaft zu ziehen. Auf keinen Fall dürfe die jetzt beschlossene Amnestie auf die Plünderer Anwendung finden.

Ministerialdirektor Dr. Schulz:

Der Minister des Innern habe keine Kenntnis davon gehabt, daß die Zwickauer Vorgänge hier zur Sprache kommen würden. Die Erörterungen über Zwickau seien noch nicht abgeschlossen. Die Regierung sei infolgedessen noch nicht imstande, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Abg. Voigt (D. Sp.) schildert die Gewalttaten die bei der ersten Demonstration in Otschafsch und in Chemnitz begangen worden sind und weist an der Hand reichen Materials auf den Zusammenhang hin, in dem die Gewalttaten und dann der Zwickauer Aufbruch mit aufstrebenden Urteilen in der sozialistischen Presse und mit der Aufforderung durch Parteifunktionäre bestehen. — Der Redner wird fortgesetzt in der Leidenschaftlichen Weise unterbrochen, wie dies auch vorher schon während der Rede des Abg. Dr. Eckardt der Fall war. Der Präsident hat häufig Mühe, dem Abg. Voigt die Möglichkeit zum Weiterreden zu verschaffen. — Abg. Grube (Kom.) macht die Regierung für die Zwickauer Vorgänge insofern verantwortlich, als sie die Umgestaltung der Polizei nach den kommunistischen Forderungen nicht zeitig genug durchgeführt habe, und versucht, seine Tätigkeit während der Zwickauer Unruhen zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.)

ist ebenfalls fest, daß Minister Wipinski durch die Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß die Staatsautorität preisgegeben habe und daß sich der Aktionsausschuß Rechte angemahnt habe, die über die gegenständlichen Verhältnisse hinausgingen. — Abg. Kauffsch (Unabh.) behauptet, daß die Zwickauer Unruhen auf eine nationale Hebe zurückzuführen seien. — Abg. Heßlein (Str.) sieht in den Zwickauer Vorgängen den Beweis dafür, daß die Arbeiterorganisationen (a) Best nicht mehr in den Händen haben.

Von Stadt und Land

Am 13. Juli 1922

Gesamtergebnis des Volksbegehrens.

Der Wahlausschuß hat nun das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung festgestellt. Für das ganze Land stellt sich das Ergebnis wie folgt:

Stimmkreis Otschafsch	333 370 Stimmen,
Stimmkreis Leipzig	221 878 Stimmen,
Stimmkreis Chemnitz-Plauen	263 530 Stimmen,
zusammen 818 778 Stimmen.	

Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages bestätigt vollaus die bereits bekannt gemordenen Abstimmungsergebnisse, die eine imposante Offenbarung des Volkswillens darstellen. Von rund einer Million Stimmberechtigten haben sich über 80 Prozent an der Einzeichnung in die Listen beteiligt, sodaß über 818 000 Stimmen der im Volksbegehren vertretenen Forderung zustielen, während verfassungsmäßig nur etwa 207 000 benötigt waren. Wie nun die Dinge mit diesem Ergebnis stehen, ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit für

plötzlich hell hinaus, als ob er's erreichte, was da hinter der weißen Wäscheleiste so nachdenklich zu arbeiten begann, und warum ihn die braunen Augen auf einmal mit einem so guten Blick ansahen.

„Warum lachen Sie denn so?“ fragte sie betroffen. „Ach, ich — mir fiel nur gerade so was ein — ich dachte — an meinen Onkel Jobst dachte ich.“

Sie war auf einmal Feuer und Flamme. „Ihr Onkel Jobst, nein, wissen Sie, den denk' ich mir furchtbar nett. Von dem sollten Sie mir ein bißchen was erzählen.“

„Erzählen — ja“ — der schöne Rudi wirbelt den Schnurrbart auf — „was soll ich Ihnen da wohl so erzählen! Seine kerbo. ragendste Eigenschaft ist entschäiden — der goldene Dösel.“

„Der goldene Dösel?“ Ihre Augen werden runder. „Das verzehe ich nicht.“

„Das ist auch nicht so ohne weiteres zu verstehen, weil das auch mit — so gewissermaßen — zu den Familienverhältnissen gehört.“

Wieder lachte er durchtrieben. Sie aber schweigt und sieht in misstrauisch an. „Sitzt er sie zum Besten?“

Da beugt er sich gegen sie vor und deutet mit der Hand zur Schiffmitte hin, wo eine Gruppe junger Männer zu singen beginnt. Döll schmettern es die feischen Stimmen hinaus:

Was die Welt morgen bringt,
Ob sie uns Sorgen bringt,
Wid' oder Freud —
Romme, was kommen mag.
Der Turm ist auch ein Tag,
Heute ist heut!
Rudolf Willenhofs Augen blitzen, und mit seinem fleghaften Wächeln sieht er Käthe Ellert an. „Dören Sie's: Heute ist heut! Das ist das einzig Wahre! Das A und das O aller Lebensverhältnisse.“ (Fortsetzung folgt.)

den Kan noch a d Volkstbege a u f u diese An e i n m richtig h lben, na dung de wie eine parlamer eine Jm nen an w a h l e 8 der l a am 60. Zeit giv ist ein Jweifelni nisse ein nötig m mit dem schwinde Lücke in Befugnis umgrenz Ein Beschlun schiedene Reichstir Es erklä teute, E für beg sollen e verhand 80. Gdthau G d u a Familie über Au Gdthau Reichstir ausgedr Freundt burtstap ihm zu f end in befi e onklisch des Ver E h r e n durch ei reich. Wel kommiss in Vne prüfung Erb bellerin Frau S lichen G von der Die Zwickauer wärdt h von 80 vermull martefra geseht. T Plaz hinderun in dieser 15. Tu Wusthoff 1. We 2. Du 3. Do 4. Col 5. Ph Erg trennt u die deutn ung be lassen B gruppe v kampf b in Je 6. In den 7. In den 8. Die Tur 32 Uhr 3 Uhr und 45 Uhr 7 Uhr 8 Uhr 6 Uhr 40 Uhr Tur 411 Uhr 1 Uhr 2 Uhr 48 Uhr Gem 45 Uhr 40 Uhr hend alle Der Tur auf wirt in Scher allem Fr nung ihr beifolfe C ausgedr wande.